



Antragsheft 3

zum Landesparteitag

am 4. März und 5. März 2017

in Osnabrück

1. Tagung des 6. Landesparteitages
in der Gesamtschule Schinkel, Windthorststr. 79-83, 49084 Osnabrück

DIE LINKE.
N I E D E R S A C H S E N

**Vorläufige Tagesordnung und Zeitplan des Landesparteitages
Osnabrück**

am 4. / 5. März 2017 in

Samstag

09.00 h

Frauenplenum

- | | | |
|----------------|--------|---|
| 11.00 h | Top 1 | Eröffnung und Konstituierung des Landesparteitages
1.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
1.2. Wahl einer Versammlungsleitung
1.3. Wahl einer Mandatsprüfungskommission
1.4. Wahl einer Wahl- und Zählkommission
1.5. Wahl einer Antragsberatungskommission
1.6. Beschluss über die Geschäftsordnung
1.7. Festlegung der weiteren Tagesordnung |
| 11.20 h | Top 2 | Grußworte
Kreisverband Osnabrück
Stadt Osnabrück, Frank Henning, MdL
Linksjugend Solid Niedersachsen
Bernd Riexinger , Parteivorsitzender |
| 11.50 h | Top 3 | Bericht vom Frauenplenum |
| 12.10 h | Top 4 | Rechenschaftsberichte Landesvorstand, Landesgeschäftsführung und
Landesschatzmeister mit Aussprache |
| 13.10 h | Top 5 | Bericht Landesrevisionskommission
Entlastung des Landesvorstandes |
| 13.20 h | | Mittagspause |
| 13.50 h | Top 6 | Leitantrag - Vorstellung, Diskussion und Beschlussfassung |
| 16.00 h | | Songs der Frauen- und Arbeiterbewegung, Achim Bigus |
| 16.30 h | Top 7 | Wahl der Landesvorsitzenden |
| 17.00 h | Top 8 | Wahl der Landesvorsitzenden/des Landesvorsitzenden (gemischte Liste) |
| 17.30 h | Top 9 | Wahl der Landesgeschäftsführerin / des Landesgeschäftsführers |
| 18.00 h | Top 10 | Wahl der Landesschatzmeisterin / des Landesschatzmeisters |
| 18.30 h | Top 11 | Wahl der stellvertr. Landesschatzmeisterin / des stellvertretenden
Landesschatzmeisters |
| 19.00 h | Top 12 | 1. Beschluss über die Anzahl der Landesvorstandsmitglieder
2. Wahl weiterer Mitglieder des Landesvorstandes (Liste zur Sicherung
der Mindestquotierung) |
| 21.00 h | | Ende des ersten Tages |

Sonntag

- | | | |
|---------|--------|---|
| 09.00 h | Top 13 | Wahl weiterer Mitglieder des Landesvorstandes (gemischte Liste) |
| 11.00 h | Top 14 | Nachwahl der Landesschiedskommission |
| 11.30 h | Top 15 | Ehrung von ausgeschiedenen Landesvorstandsmitgliedern |
| 11.45 h | Top 16 | Bericht der Landesschiedskommission |
| 12.00 h | Top 17 | Satzungsändernde Anträge |
| 13.15 h | Top 18 | Bericht Landesgruppe |
| 13.30 h | Top 19 | Weitere Anträge |
| 15.00 h | Top 20 | Schlusswort der Landesvorsitzenden und Internationale |
| 15.30 h | | Ende des Landesparteitages |

Übernachtungen – Neue Informationen!!!!!!!!!!!!

Die Kosten im Doppelzimmer werden für Delegierte zum Landesparteitag vom Landesverband übernommen, für Einzelzimmer sind 24,00 € zuzuzahlen (Bitte mit der Reisekostenabrechnung einreichen.)

Übernachtungen ab 3.3.2017 (für GenossInnen, die zum Frauenplenum kommen u. a.) mit Frühstück ausschl.

Ibis budget

Moeserstrasse 51, 49074 OSNABRUECK, Tel: [\(+49\)541/12098820](tel:+4954112098820)

Direkt am Hauptbahnhof Osnabrück

Hier sind noch reservierte Zimmer frei!!!

Für den 4. bis 5.3.2017:

Buchungs-Nr. 189037

Bitte bucht direkt im Hotel, die Rechnung wird vorher von uns bezahlt!!!

Anreise: Die Rezeption ist sowohl am 3. als auch am 4.3 bis 22.00 Uhr besetzt. Den Code (Zimmerschlüssel und Eingang ins Hotel) bekommt ihr am 3.3. direkt im Hotel und am 04.03. auf dem Landesparteitag bei unserer Anmeldung.

Übernachtungen vom 4.3 auf den 5.3.2017

Ibis Styles Osnabrück (ausschl. Einzelzimmer)

Blumenhaller Weg 152, 49078 Osnabrück

Telefon: +49541 40490

Die reservierten Betten sind belegt. Aber es gibt noch freie Zimmer, die ihr dann auch vor Ort bezahlen müsst. (Erstattung für Delegierte siehe oben).

Hotel Bürgerbräu

Blumenhaller Weg 41, 49080 Osnabrück Wüste, 0541 / 40435-0

Anmeldungen unter DIE LINKE. Niedersachsen – Bitte

Hotelrechnung bezahlen (incl. Frühstück). **Anreise: Die Rezeption ist bis 23.00 Uhr besetzt.**

Hotel Neustadt (Doppelzimmer und E-Zimmer)

Miquelstraße 34, 49082 Osnabrück,

Tel. 0541/51200

Das Hotel hat die Zimmerreservierung an das Hotel Bürgerbräu weiter gegeben.

Also im Hotel Neustadt nicht mehr reservieren.

Hotel Westerkamp GmbH

Das reservierte Kontingent ist ausgebucht!

Anreise bis ca. 22.00 Uhr möglich.

BSt/28.02.2017

ANLAGE RECHENSCHAFTSBERICHT

Liste der erledigten Beschlüsse seit der 1. Tagung des 5. LPT

→ Leitantrag 2015/2016:

- Kritik an niedersächsischer Landesregierung (in PMen, Stellungnahmen etc)
- Vorbereitung kommunaler Kandidaturen
- Vernetzung der kommunalen Mandatsträger (Verteiler kommunaler Mandatsträger*innen ist vorhanden, worüber Musteranträge und von einzelnen MandatsträgerInnen Beispiele geschickt werden) in Arbeit
- Vernetzung mit Kampagne beginnend (Musterantrag „Nachfrage zu Überlastanzeigen in Kommunalen Krankenhäusern“, Krankenbettentour im Kommunalwahlkampf war Vernetzung)
- Kommunalwahlrahmenprogramm
- ...

→ div. Resolutionen des LPT 2015 und 2016: Nicole Gohlke, Streik bei der DB, Soli-Erklärung mit Kurd*innen in der Türkei, Suedlink, Pegida, Ameos, Nolympia, Wahlrecht Drittstangehörige, Anti- Atom Lingen, Nein zu deutschem Militär in Syrien, Blumen für die Opfer des Nationalsozialismus zum 8. Mai, gerechter Frieden Nahost, Solidarität mit der HDP in deutsch und kurdisch, Kriminalisierung und Verhaftungen von Kurd*innen in Deutschland, LL-Demos, NAV-DEM-Patenschaften, ...

→ Pressemitteilungen und Resolutionen zu verschiedensten Themen:

- Kurdinnen und Kurden – Türkei, Syrien
- Schule, Hochschule, KiTa, Inklusion
- VW
- Flüchtende, Integration
- Streikunterstützung öffentlicher Dienst, Ameos, ...
- Pflege
- ...

→ Veranstaltungen:

- Sommer 2015 zu Israel-Palästina
- „Krankenhaustagung“ in Anschluss an eine Kreisvorsitzendenberatung mit Milchbauern in Leer
- Sommer 2016 Krankenhaustagung – aus Teilnehmer*innenmangel abgesagt
- 2 Veranstaltung in Hannover vom bundesweiten Bündnis „Krankenhaus statt Fabrik“ zur AfD
- U40-Treffen zur Einbindung junger Aktiver
- Nordseewerke
- internationaler Frauentag
- Krankenhäuser
- ...

→ Kontaktaufnahme/-pflege DGB, ver.di, GEW, SoVD, nieders. Flüchtlingsrat, RLS ...

→ Mit-Organisation von Aktivitäten und Teilnahme:

- Anti-TTIP Berlin
- Anti-TTIP Hannover
- Anti- TTIP Hamburg
- Bunt statt Braun – z. B. Bad Nenndorf, begleitend div. Briefe + Resolution, , 2016 LaVo vor Ort, um zu feiern, dass die Nazis nicht gekommen sind

- Friedensdemo 8.10.16 Berlin
- Hochschulgesetz in Koordination mit SDS
- gegen „Pediga“, Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“
- 1. Mai
- Proteste Ameos-Kliniken
- ...

→ innerparteiliche Aktivitäten:

- Vernetzung und Begleitung von Kreisverbänden
- Einbeziehung von MdBs und anderen Aktiven begrenzt erfolgt
- Telefonkonferenzen mit Kreisvorsitzenden
- AG – Kommunalwahlrahmenprogramm mit dem Ergebnis eines Programms
- Organisation der Regionalkonferenzen BPT
- Erstellung (und bedingt) Verbreitung des Flyers „Mindestlohn steuerfrei“
- Begleitung und Bewerbung der Politakademie junger Aktiver der RLS
- Musteranfragen und PE für Kreisverbände
- Refugees welcome – auch in der LINKEN → Weitergabe an PV
- Einbeziehung des Themas Altenpflege in die Kampagne
- Koordinierungsgespräche solid
- Koordinierungsgespräche LKFN, Landesbildungskommission, RLS zu Bildungsarbeit
- AG – Landtagswahlprogramm mit 5 regionalen Konferenzen, Ratschlag in Arbeit
- Kommunikationskonzept – überarbeitet, wurde nicht abgefordert
- ...

→ Organisatorisches:

- **Kommunalwahl 2015**
- Richtlinie kommunale Mandatsträger
- Bundestagswahl 2016 mit Aufstellungsversammlung und Regionalkonferenz ...
- Wissensmanagement (der Genosse, der das Archiv für DIE LINKE. gestaltet, ist angesprochen)
- Umsetzung des Beschlusses zu LA- und LPT-Delegierten der innerparteilichen Zusammenschlüsse (mit Zeitverzug in Arbeit)
- Aktualisierung der Satzung mit Überarbeitung (Arbeitsgruppe hat sich gefunden, arbeitet per e-mail und will sich im Juni treffen)
- Einrichtung Referent*innenpool (bedingt)
- ...

Liste der nicht/nur teilweise erledigten Beschlüsse seit 2015

- Dispozinsen (sollte im Kommunalwahlkampf einbezogen werden); im Lavo wurde eine AG beschlossen, die über dies Thema hinaus die Politik der SPK einbeziehen wollte, die aber nicht zustande kam
- ausgearbeitete Position zur Pflegekammer (zu umfangreich)
- Zukunftswerkstatt zur Parteientwicklung – Finanzierung u.a.
- „Gemeinsam sind wir stark“ - Regionalisierungskonzept
- Steuerungsgruppe „Das muss drin sein“ (Kommunalwahlkampf + Kampagne zeitlich nicht realisierbar)
- Fachkonferenz „steuerfreier Mindestlohn“
- Arbeitskonferenz VW-Beirat (wurde von den Antragstellern nicht mehr als sinnvoll in 2016 erachtet)
- Arbeitstreffen mit solid zu „Überführung von Banken und Großkonzernen in demokratisches Gemeineigentum“
- Aufruf Beitragsanpassung (soll mit Aufruf zu Spenden verknüpft werden)
- ...

Anja Stoeck, 2. März 2017

Anlage zum Rechenschaftsbericht

Teilnahme Landesvorstand

Der Landesvorstand hat seit seiner Wahl am 7./8. Februar 2015 insgesamt 19 Landesvorstandssitzungen durchgeführt:

2015 8 Sitzungen (darunter eine zweitägige und eine eintägige Klausurtagung)
2016 9 Sitzungen (darunter eine zweitägige Klausurtagung)
2017 2 Sitzungen

Die Teilnahme war wie folgt:

Anja Stoeck 18 Sitzungen
Herbert Behrens 16 Sitzungen
Giesela Brandes-Steggewentz 19 Sitzungen
Hans-Georg Hartwig 18 Sitzungen
Marianne König 10 Sitzungen (häufigeres Fehlen wegen Krankheit)
Andreas Brändle 13 Sitzungen
Heidrun Dittrich 7 Sitzungen (von 14 Sitzungen) (zurückgetreten im September 2016)
Thomas Bartsch 18 Sitzungen
Mizgin Ciftci 12 Sitzungen (häufigeres Fehlen wegen Auslandsstudium)
Franziska Junker 15 Sitzungen
Sandra Gülk 9 Sitzungen (von 9 Sitzungen) (nachgewählt auf dem Landesparteitag am 13. Februar 2016 in Osnabrück)
Viktoria Kretschmer 15 Sitzungen
Lars Leopold 16 Sitzungen
Andreas Maurer 5 Sitzungen
Veli Yildirim 17 Sitzungen
Philipp Zimmermann 9 Sitzungen

A 1 Ä 14

Antragstellerin: AKL Niedersachsen

Ab Zeile 50 die zwei Zeilen

„Eine unserer ersten Forderungen ist die sofortige Erhöhung der Renten, der Einkommen und Sozialleistungen. Wir bleiben dabei: das unwürdige Hartz-IV-Regime muss weg.“

ersetzen durch

„DIE LINKE Niedersachsen steht daher für:

- Vergesellschaftung und demokratische Kontrolle aller Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge,
- eine reichhaltige Investitions- und Ausgabenpolitik, finanziert durch höhere Besteuerung von hohen und vor allem höchsten Einkommen und Vermögen sowie ein Ende der Schuldenbremse,
- die Senkung der Steuern für niedrige und mittlere Einkommen,
- die sanktionsfreie Mindestsicherung von 1050 Euro statt Hartz IV, die Einführung einer Mindestrente von mindestens 1100 Euro sowie einen Mindestlohn von 11 Euro (steuerfrei)“

A 1 Ä 15

Antragstellerin: AKL Niedersachsen

Hinter Zeile 60 einfügen

„Die LINKE wird im kommenden Landtag als systemkritische Oppositionspartei gebraucht. Wir sind durchaus bereit, für nachhaltige soziale Verbesserungen und den Bruch mit der kapitalistischen Profitlogik Regierungsverantwortung zu übernehmen. SPD und Grüne stehen für einen Politikwechsel, der diesen Namen verdient, derzeit jedoch weder im Bund, noch in den Ländern zur Verfügung.“

Die Partei DIE LINKE wird ihre unabhängige Politik sowohl außerhalb als auch innerhalb des Landtags und der Kommunalparlamente fortsetzen. Dafür unterstützt sie überparteiliche Bündnisse und den Widerstand gegen neoliberale Politik in der Gesellschaft.

Wir werden uns keinen Veränderungen im Interesse der arbeitenden Bevölkerung durch gemeinsame parlamentarische Mehrheiten mit SPD und Grünen verweigern und garantieren, allen positiven Maßnahmen im Einzelfall zuzustimmen. Wir sind aber nicht bereit, SPD und Grünen durch Koalitionsbildung oder Tolerierungsvertrag einen Blankoscheck auszustellen.“

A 1 Ä 16

Antragstellerin: AKL Niedersachsen

In Zeile 111 ersetzen

„Das sind die friedenspolitischen Forderungen der LINKEN in Niedersachsen.“
durch eine Leerzeile und dann

„Wir lehnen jeden Auslandseinsatz der Bundeswehr und jeden Rüstungsexport ab.
Es darf keine Kooperation zwischen Bundeswehr und (Hoch-)Schulen geben.“

A 1 Ä 17

Antragstellerin: AKL Niedersachsen

Hinter Zeile 203 einfügen

„Wir kämpfen für das Bleiberecht und gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen.
Ebenfalls wenden wir uns gegen alle Bestrebungen, Geflüchtete als Lohndrücker zu missbrauchen.

Wir treten offensiv gegen den Rassismus der AfD, der Nazis und der etablierten Parteien an.

- 5 Wir sagen kompromisslos Nein zu Asylrechtsverschärfungen, Abschiebungen und dem Sterben im Mittelmeer. Nicht die Geflüchteten sind das Problem, sondern die neoliberale Kahlschlagspolitik der Bundesregierungen der letzten dreißig Jahre – egal ob CDU/CSU, FDP, SPD oder Grüne daran beteiligt waren

A 1 Ä 18

Antragstellerin: Geraer Sozialistischer Dialog

Ersetze in der Überschrift:

*„Menschen statt Profite - Gemeinsam für ein soziales, ökologisches und **buntes friedliches** Niedersachsen.“*

Begründung:

Denn ohne Frieden ist alles nichts.

A 1 Ä 19

Antragstellerin: Geraer Sozialistischer Dialog

Ersetze Zeile 5 bis 9 durch:

~~Die gerechte Verteilung von Geld, Bildung, medizinischer Versorgung, Arbeit, Rente ist das, was Menschen zufrieden macht, was ihre Lebensqualität hebt und sie ermutigt, sich auch für andere einzusetzen. Die Abwesenheit von Sorge um die eigene Versorgung und Belastung, die vielfältigen Anforderungen im täglichen Leben zu bestehen, ermöglicht eine Erweiterung des eigenen Handelns.~~

„DIE LINKE steht für die konsequente Würde aller Menschen. Dies ist gleichbedeutend mit einem guten Leben und das Recht seine Persönlichkeit durch Bildung, Kultur, Gesundheit, sinnstiftende Arbeit, bedarfsgerechtes Wohnen, ausreichend Rente, gutes Essen sowie Sport ungehindert entfalten zu können“.

Begründung:

Es geht nicht darum auf Sorgen zu reagieren. Das gute Leben für alle ist ein Grundrecht, weil es schon längst möglich ist. Alles Zurückbleiben hinter dem Möglichen ist ein Verbrechen.

A 1 Ä 20

Antragstellerin: Geraer Sozialistischer Dialog

Ersetze Zeile 10 bis 14 durch:

~~Verteilungsgerechtigkeit – im Bund, im Land Niedersachsen, weltweit bis kommunal – ist das „A und O“ einer gerechten Welt. Verteilungsgerechtigkeit ist das Ziel der LINKEN in Niedersachsen. nicht an wirtschaftlichen Interessen einer ökonomisch mächtigen Minderheit, wie es andere Parteien tun~~

„Verteilungsgerechtigkeit – im Bund, im Land Niedersachsen, weltweit bis kommunal – ist das „A und O“ einer menschenwürdigen Entwicklung. Wir finden uns nicht ab mit einer Welt, in der Profitinteressen über die Lebensperspektiven von Milliarden Menschen entscheiden. Wir wollen nicht so werden wie jene Parteien, die sich für Posten, Prestige und Karriere devot den Wünschen der Wirtschaftsmächtigen unterwerfen und gerade deshalb kaum noch voneinander unterscheidbar sind. Unser politisches Handeln richtet sich an den Bedürfnissen der Mehrheit der Menschen aus. DIE LINKE Niedersachsen als sozialistische Partei steht für eine klare linke Alternativ. Veränderung beginnt mit Opposition!“

Begründung:

Unterordnung ist Mist, wir unterscheiden uns davon. Das können wir ruhig stärker betonen, als sozialistische Partei und damit echte Alternative zu diesen Verhältnissen.

A 1 Ä 21

Antragstellerin: Geraer Sozialistischer

Ersetze Zeile 15 bis 16 durch:

~~Wir sind die Partei, welche die Voraussetzung der Umverteilung schaffen will, damit sich diese Gesellschaft weiterentwickeln kann~~

„Wir werden weiterhin an der Seite aller fortschrittlichen Kräfte für den Frieden kämpfen, Solidarität organisieren, gemeinsame Kämpfe mit sozialen Bewegungen führen und die Überwindung der Macht- und Eigentumsverhältnisse anstreben. Nur wenn es uns gelingt, viele andere zu begeistern, ihre eigenen Interessen in die Hand zu nehmen und sich selbst für eine solidarische Gemeinschaft einzusetzen, sich eine breite gesellschaftliche Bewegung herausbildet, haben wir eine Chance einen Politikwechsel zu erreichen.“

Begründung: Die Umverteilung ist ausreichend erwähnt Wir sollten das revolutionäre Subjekt betonen, zu welchen wir gehören und an welchen es ist, *„alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“ (Marx)*

A 1 Ä 22

Antragstellerin: Geraer Sozialistischer Dialog

Ersetze Zeile 104 bis 111 durch:

~~Krieg macht nicht Halt vor Niedersachsen. Er wird von hier exportiert. In Niedersachsen gibt es Waffen herstellende und -exportierende Betriebe und viel militärische Infrastrukturen. Das Argument, dass Rüstung Arbeitsplätze schafft, gilt für uns nicht. Jeder Arbeitsplatz in der Rüstungsindustrie ist für die Gesellschaft deutlich teurer als zivile Arbeitsplätze beispielsweise in Gesundheit, Bildung und Pflege. Es existieren Ideen und Projekte der Konversion, die eine Überführung von einer Rüstungsproduktion hin zur zivilen Produktion möglich machen. Das sind die friedenspolitischen Forderungen der LINKEN in Niedersachsen.~~

„Von Niedersachsen geht Krieg aus: Waffenherstellende und -exportierende Betriebe, Rüstungsforschende Einrichtungen, militärische Infastruktur machen Niedersachsen zu einem bedeutenden Rüstungsstandort. Von hier aus werden Waffen über Schienen, Häfen und Flughäfen in aller Welt exportiert. Eine der Hauptursachen für Krieg, Zerstörung und der damit verbundenen Vertreibung von Millionen von Menschen liegt damit hier vor Ort.

DIE LINKE Niedersachsen steht als Teil der Friedensbewegung für eine zivile Entwicklung Niedersachsens. Wir stehen für die Umwandlung der Rüstungsproduktion und ihrer Arbeitsplätze in zivile Arbeit wie Gesundheit, Pflege oder Bildung. Wir treten für ein Verbot von Rüstungsforschung und für die Förderung von friedlicher Wissenschaft welche sich den sozialen und ökologischen Problemen annimmt. Wir sind gegen jeden Auslandseinsatz der Bundeswehr und für eine Abrüstung der niedersächsischen Militärstützpunkte. Gemeinsam stellen wir uns dem Transport von Rüstungsgütern entschieden entgegen, egal ob zu Luft, zu Land oder zu Wasser.“

Begründung:

Das Hauptproblem an Arbeitsplätzen in der Rüstungsindustrie ist nicht, dass sie teuer sind. Hier wird mit dem Töten Geld verdient. Die zivile Entwicklung wird in der Änderung konkreter und stärker betont. Ergänzt zudem um Rüstungsforschung und den Transport von Rüstungsgütern. Die Friedensbewegung als Bündnispartnerin wird auch erwähnt.

A 1 Ä 23

Antragstellerin: Geraer Sozialistischer Dialog

Ersetze in Zeile 142 bis 145:

*„Um die Erd-Erwärmung zu drosseln, ist ~~eine Umkehr~~ ein Wandel der Politik erforderlich: statt mehr ~~Stromverbrauch~~ **Kohleenergie**, ist ~~weniger~~ **ein mehr an regenerativer Energie** nötig, statt mehr Verkehr und Transporte ~~weniger~~ **auf den Straßen, ist der Ausbau der Schienen nötig, statt mehr in Transporte von außerhalb, braucht es ein mehr an regionalen Wirtschafts-Kreisläufen; statt mehr Produktion überflüssiger Güter, die nur aus Profitgründen auf den Markt geworfen werden, weniger aber dafür sinnvolle ein mehr an sozial verträglichen Umweltstandards.**“*

Begründung:

Es gibt schlechtes und gutes Wachstum. Konzentrieren wir uns nur auf das schlechte ohne ausreichend Alternativen zu benennen, bleibt der ökologische Wandel unter seinen Möglichkeiten.

A 3

G20 in Hamburg verhindern – für eine friedliche und gerechte Weltwirtschaftsordnung

Antragssteller*innen: Anja Stoeck, Thorben Peters, Lisa Apking, Maik Brückner, Rita Krüger, Christoph Lokotsch, Amira Mohamed Ali, Andreas Gülk, Sandra Gülk, Michael Quelle, Agnes Hasenjäger, Sebastian Stoffregen, Behiye Uca, DIE LINKE Kreisverband Lüneburg AKL Landessprecher*innenrat Niedersachsen, dielinke.SDS Niedersachsen

Nach Planung der Bundesregierung und des Hamburger Senats soll der nächste G20-Gipfel im Juli 2017 in Hamburg stattfinden. Bei diesen Gipfeln treffen sich, als Reaktion auf die seit 2008 anhaltende tiefe Zivilisationskrise, die Regierungschefs und Finanzminister der wirtschaftsstärksten Nationen sowie zahlreiche Bankchefs wie auch Lobbyisten und inszenieren sich als Weltregierung - ohne jede Legitimation. Sie kommen nicht umhin, einige der großen Probleme dieser Zeit zu behandeln, wie die kriegerischen Eskalationen und Umweltzerstörung – stellen sich sogar als **die** Retter dar, diese Probleme zu lösen. Da sie aber bestrebt sind, die neoliberale (Un-)Ordnung zu retten, indem sie den „Freihandel“ (=Deregulierung) untereinander ausbauen (z.B. mit TTIP und CETA), die Austeritätspolitik forcieren und Lohn- und Steuerdumping verfestigen wollen, haben sie keine Antwort darauf. Die Gipfel sind Teil des Problems, nicht der Lösung.

Demgegenüber tritt DIE LINKE für die Überwindung des Rechts des Stärkeren ein, um die umfassende Verwirklichung der menschlichen Würde zu erreichen. Das heißt: Frieden und Abrüstung, gute Ernährung und eine Gesundheitsversorgung, die gesund hält, Bildung, die aufklärt und Kultur, die befreit - für alle Menschen. Dafür engagieren wir uns unter anderem mit der Beteiligung an einem sozialen Gegengipfel der 7 Milliarden für Frieden und soziale Gerechtigkeit. Die Bevölkerung entscheidet selbst am besten, was für alle gut ist. Den Gipfel in Hamburg sollen um die 15.000 Polizei- und Bundesgrenzschutzkräfte absichern, Kameras den Innenstadtbereich überwachen und Absperrungen den Verkehr in der Stadt massiv einschränken - ein Szenario, dem die Bevölkerung gerade erst bezogen auf olympische Spiele eine Absage erteilt hat.

Um einer humanen Entwicklungsperspektive den Weg zu bahnen setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass in den internationalen Beziehungen, anstelle der G7 und G20, aufbauend auf dem Völkerrecht, der UN Menschenrechte-Charta und dem UN-Sozialpakt, die demokratischen Strukturen der Vereinten Nationen ausgebaut und gestärkt werden. Statt Millionen Euro für einen G20-Gipfel zu verschwenden (in Toronto 2010 waren es 1 Mrd. Dollar) fordert DIE LINKE, diese sinnvoll für die nötigen Investitionen in Soziales, Bildung, Kultur, Gesundheit, Inklusion, Integration und Infrastruktur zu nutzen.

Dafür unternimmt DIE LINKE Niedersachsen in Hamburg zusammen mit Bündnispartnern folgende Schritte:

- die Unterstützung von Unterschriften-Kampagnen gegen den G20-Gipfel

- die Erstellung und Verbreitung von Aufklärungsmaterial sowie entsprechende öffentliche Veranstaltungen
- die umfassende Mobilisierung zum Gegengipfel der 7 Milliarden und die Beteiligung daran
- die finanzielle Unterstützung für Anreisen, nach Maßgaben des Landesvorstandes und in Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden

1 **Antragssteller: Landesvorstand**

2

3 **KLARE LINKE ALTERNATIVEN**

4 – gegen eine „Weiter so“-Politik von CDU/CSU, SPD, Grünen, FDP und AfD

Übernahme durch Landesvorstand (LV), Ä 18 unter Berücksichtigung von Ä 9

„Menschen statt Profite – Gemeinsam für ein soziales, ökologisches und buntes friedliches Niedersachsen.“

5 Die gerechte Verteilung von Geld, Bildung, medizinischer Versorgung, Arbeit, Rente ist das,
6 was Menschen zufrieden macht, was ihre Lebensqualität hebt und sie ermutigt, sich auch für
7 andere einzusetzen. Die Abwesenheit von Sorge um die eigene Versorgung und Belastung,
8 die vielfältigen Anforderungen im täglichen Leben zu bestehen, ermöglicht eine Erweiterung
9 des eigenen Handelns.

10 Verteilungsgerechtigkeit – im Bund, im Land Niedersachsen, weltweit bis kommunal – ist das
11 „A und O“ einer gerechten Welt. Verteilungsgerechtigkeit ist das Ziel der LINKEN in
12 Niedersachsen. Unser politisches Handeln richtet sich an den Bedürfnissen der Mehrheit der
13 Menschen aus, nicht an wirtschaftlichen Interessen einer ökonomisch mächtigen Minderheit,
14 wie es andere Parteien tun.

15 Wir sind die Partei, welche die Voraussetzung der Umfairteilung schaffen will, damit sich die
16 Gesellschaft weiterentwickeln kann.

Übernahme durch LV, wenn Ersetzung Zeile 5–38 (s.u.) nicht beschlossen wird. Ä 21

Wir werden weiterhin an der Seite aller fortschrittlichen Kräfte für den Frieden kämpfen, Solidarität organisieren, gemeinsame Kämpfe mit sozialen Bewegungen führen und die Überwindung der Macht- und Eigentumsverhältnisse anstreben. Nur wenn es uns gelingt, viele andere zu begeistern, ihre eigenen Interessen in die Hand zu nehmen und sich selbst für eine solidarische Gemeinschaft einzusetzen, sich eine breite gesellschaftliche Bewegung herausbildet, haben wir eine Chance einen Politikwechsel zu erreichen.“

17 **Das gefährliche Märchen der Alternativlosigkeit neoliberaler Politik**

18 Die Ungerechtigkeit bei der Verteilung von Einkommen, Vermögen und der damit
19 verbundenen Lebensqualität ist nicht naturgegeben. Sie ist Ergebnis einer seit Jahrzehnten
20 verfolgten unsozialen und unsolidarischen Wirtschafts- und Sozialpolitik – vertreten durch
21 CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP. Diese Politik, erst getarnt als soziale Marktwirtschaft,
22 wurde umgeformt zum Neoliberalismus. Sie ist der perfide Ausdruck des abwertenden
23 Systems des Kapitalismus, **in dem alles abgewertet ist, was keinen Profit bringt – dazu**
24 **gehört alles, was nicht nach dem Prinzip „Gewinn durch Zeiteinsparung“ funktioniert,**
25 **sondern viel Zeit braucht (z.B. die Sorge für Mensch und Natur).**

Übernahme Ä 4

Diese Politik sorgt für eine Umverteilung von „unten nach oben“, die Reichen werden noch reicher, die Armen noch ärmer. Die Gewinne sprudeln, die Löhne und Renten sinken.

26 Das Märchen des 21. Jahrhunderts, der Neoliberalismus sei alternativlos, ist eine schlechte
27 Geschichte, schlecht für einen Großteil der Menschheit. Viele spüren am eigenen Leib die

28 Verschlechterungen: in Form von Hartz-IV-Gesetzen, der Schaffung eines
29 Niedriglohnsektors, der Senkung der Renten und aller anderen Sozialleistungen, der
30 Senkung der Steuern für Reiche und der Erhöhung der direkten und indirekten Steuern für
31 alle, der Verlängerung der Arbeitszeiten ohne Lohnerhöhungen und der Kürzung der
32 Ausgaben für Bildung, Infrastruktur und Kultur. Es gibt eine fest verwurzelte Zusammenarbeit
33 von Bundes- und Landesregierungen mit Konzernen und privaten Unternehmen. Was Hartz
34 IV allein nicht schafft, wird durch betriebliche und tarifvertragliche Verschlechterungen
35 ergänzt.

36 Hervorgebracht hat der Neoliberalismus mehr Armut, mehr Angst, mehr Entsolidarisierung,
37 mehr Ab- und Ausgrenzung, und nicht zuletzt die AfD, die für eine besonders unsoziale,
38 neoliberale, ~~und~~-rassistische **und antifeministische** Variante des Kapitalismus steht.

Übernahme durch LV, wenn Ersetzung Zeile 5–38 (s.u.) nicht beschlossen wird. Ä 5

Antrag H.B., Teilübernahme A 2 Adler/Weisser-Roelle, Ersetzung Zeile 5–38:

Die Gesellschaft leidet aufgrund jahrelanger neoliberaler Politik unter einer sozialen Entsicherung, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt erodieren lässt. Nicht allen geht es schlechter, aber fast alle müssen in beinahe allen Lebensbereichen miteinander konkurrieren. Die Reichen werden immer reicher und die Armen immer zahlreicher. In den Betrieben und Unternehmen wächst der Druck auf die Beschäftigten. In vielen Unternehmen, insbesondere in Dienstleistungsbranchen, gibt es keine Betriebsräte und keinen Schutz durch Tarifverträge und starke Gewerkschaften, die Rechte der Beschäftigten werden vielfach missachtet. Ausufernde Befristungen, Leiharbeit und Werkverträge, Minijobs und prekäre Selbstständigkeit statt regulärer sozialversicherter Beschäftigung sowie die Angst vor Erwerbslosigkeit drücken auf die Löhne und Arbeitsbedingungen. Offen gewerkschaftsfeindliche Praktiken machen sich breit. Gerade die ohnehin schlecht bezahlten Beschäftigtengruppen sind von diesen Problemen besonders betroffen.

Ergebnis neoliberaler Agenda der vergangenen 25 Jahre, verstärkt durch die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze, sind eine immer krassere Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich, prekäre Jobs, Niedriglöhne, Mini-Renten, Kinderarmut, Wohnungsmangel und eine marode öffentliche Infrastruktur, in vielen Schulen, Kommunen und Krankenhäusern: All das ist besorgniserregend und beängstigend in diesem Land, das treibt die Gesellschaft auseinander.

39 **Unsere Alternative heißt Umverteilung, Solidarität und soziale Gerechtigkeit**

40 Es ist DIE LINKE in Niedersachsen, die ohne Wenn und Aber für die Umverteilung von „oben
41 nach unten“ eintritt, weg vom Reichtum einiger hin zu einer gerechten Verteilung von
42 Vermögen und Einkommen für alle.

43 Gerechte Besteuerung von Reichtum – Einkommens-, Erbschafts- und Vermögenssteuer –
44 muss drin sein. Steuern für niedrige und mittlere Einkommen sowie die indirekten Steuern
45 müssen sinken.

Antrag H.B., Teilübernahme A 2, Ersetzung Zeile 40–45:

DIE LINKE wird in den kommenden Wahlkämpfen für einen Ausweg aus der Alternativlosigkeit streiten, und zwar mit einer Politik, die Haltung zeigt und Halt gibt: DIE LINKE lässt sich von dem Grundsatz leiten „Wer den Reichen nichts nimmt, kann

den Armen nichts geben“.

DIE LINKE wird sich im Wahlkampf als die Partei profilieren, die konsequent für eine deutlich höhere Besteuerung von Reichtum und eine Umverteilung von oben nach unten eintritt. Die Verteilungsfrage gehört ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung. Denn jede soziale Reformpolitik hat zur Voraussetzung, dass Vermögende, Kapitaleigentümer und Superreiche viel stärker steuerlich herangezogen werden. Dadurch entstehen die Spielräume für soziale Politik, Armutsbekämpfung und öffentliche Investitionen. Wer nicht den Reichtum antasten will zur Finanzierung des Gemeinwesens, der meint es nicht ernst mit sozialer Gerechtigkeit und einem grundlegenden Politikwechsel.

46 Es ist genügend Geld für alle da. Durch konsequente Umverteilung hat jede und jeder
47 Einzelne mehr Geld zur Verfügung, kann tatsächlich wieder über sein Leben verfügen, es
48 gestalten. Städte und Gemeinden, Bundesländer und die Bundesregierung können Geld in
49 Bildung, Infrastruktur, soziale Leistungen usw. investieren.

50 Eine unserer ersten Forderungen ist die sofortige Erhöhung der Renten, der Einkommen und
51 Sozialleistungen. Wir bleiben dabei: das unwürdige Hartz-IV-Regime muss weg.

Übernahme Ä 11, Ersetzung Zeile 50–51:

Unsere ersten Forderungen sind die Einführung einer gesetzlichen Mindestrente in Höhe von monatlich 1050 Euro, die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro pro Stunde und eine sanktionsfreie Mindestsicherung in Höhe von monatlich 1050 Euro. Wir bleiben dabei: Hartz4 muss weg.

52 Wer die Ziele einer politischen Umkehr in allen großen Fragen erreichen will, wird das nicht
53 mit den jahrelang gepredigten Glaubensbekenntnissen von CDU, SPD, Grünen und FDP
54 bewerkstelligen können. DIE LINKE hat seit ihrer Gründung bewiesen, auf welcher Seite sie
55 in politischen und Interessen-Auseinandersetzungen steht.

56 Viele unserer Forderungen können und werden durch eine starke gesellschaftliche und
57 parlamentarische Opposition erreicht. Wir wollen die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse
58 ändern, weil nur dadurch die Politik wirklich verändert wird.

59 SPD und Grüne verwalten in Niedersachsen mehr schlecht als recht die bestehenden
60 Verhältnisse. DIE LINKE will diese Verhältnisse ändern.

61 Unser Ziel heißt soziale Gerechtigkeit, umfassende Demokratie, Schutz des Klimas und der
62 Umwelt für unsere Generation, unsere Kinder und Enkel und alle Menschen auf der Welt.
63 Um es zu erreichen, dürfen die bestehenden Wirtschafts- und Besitzverhältnisse nicht so
64 bleiben wie sie sind. DIE LINKE in Niedersachsen will den Kapitalismus ***mitsamt den ihn***
65 ***tragenden patriarchalen Geschlechterverhältnisse*** überwinden und den Weg zum
66 Sozialismus beschreiten.

Übernahme Ä 6

Zu den Wegmarken gehören

67 *Umverteilung von Arbeit*

68 Es ist ein Skandal, dass einerseits Millionen von Menschen keine Arbeit haben oder
69 gezwungen sind, in prekären Beschäftigungsverhältnissen wie Leiharbeit oder mit
70 Werkverträgen oder Befristungen zu arbeiten. Auf der anderen Seite werden Unmengen

71 Überstunden geleistet, die Arbeitszeiten werden verlängert und die Arbeit intensiviert.
72 Menschen werden durch ihre Arbeit krank. DIE LINKE kämpft für die konkrete Vision der 30-
73 Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

74 Diese Umverteilung ist möglich durch eine konfliktorientierte Politik in der gewerkschaftlichen
75 und betrieblichen Interessensvertretung. Sie kann unterstützt werden durch **parlamen-**
76 **tarische** Initiative auf der Bundesebene und der Landesebene. Es ist DIE LINKE, die sich in
77 diesen Auseinandersetzungen auf die Seite der Beschäftigten und Erwerbslosen stellt.

78 Der Kampf um Arbeitszeitverkürzung ist ein Kampf um die Wiedererlangung von Zeit-
79 Souveränität. Wir wollen mehr selbstbestimmte Zeit für Familie und Freunde, Freizeit,
80 Hobby, politisches Engagement und Kultur – für ein Leben in Selbstbestimmung.

Aber die LINKE hat auch die unzähligen Tätigkeiten im Blick, mit denen vor allem Frauen – oft neben (prekärer) Erwerbsarbeit – unbezahlt daran arbeiten, dass Menschen groß werden, sich entwickeln, Liebe und Freundschaft erfahren und anderen geben können, Hilfe bekommen, wenn sie sie brauchen, weil sie krank, (alters)schwach sind oder für einen menschenwürdigen Weg in den Tod. Auch diese gesellschaftlich notwendige Arbeit, ~~die nicht umfänglich in professionelle Lohnarbeitsstrukturen überführt werden kann~~, muss gerecht zwischen den Geschlechtern verteilt werden. Dafür brauchen alle Zeit.

Der Kampf um die Verkürzung von Erwerbsarbeitszeit ist ein Kampf um die Erlangung von Zeit-Souveränität. Wir wollen neben Erwerbs- und der notwendigen Reproduktionsarbeit mehr selbstbestimmte Zeit für Familie und Freunde, Freizeit, Hobby, politisches Engagement und Kultur. Wir wollen das GANZE Leben für alle!

Übernahme unter Streichung von einem Halbsatz, Ä 7, Ersetzung Zeile 78–80

81 *Bildung als emanzipatorischer Prozess*

82 Bildung in Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen und Ausbildungen ist häufig die
83 Vermittlung von (Fach-)Wissen, abgekoppelt von Lebenswirklichkeit. Kinder und Jugendliche
84 werden zum Funktionieren erzogen, um im kapitalistischen Ellenbogen-System existieren
85 und sich durchsetzen zu können oder als Konsumentinnen und Konsumenten zu enden. Der
86 emanzipatorische Bildungsauftrag beinhaltet, Menschen zu einem selbstbestimmten Leben
87 zu ermächtigen. Darum muss in der Bildung die Vielfalt des Lebens abgebildet werden. Es
88 müssen aber auch die Kompetenzen junger Menschen, aus dem vorhandenen Regelwerk
89 auszubrechen und neue Wege zu gehen, gefördert werden. Lernen ist nicht das Abspulen-
90 Können des 1x1 oder die Konjugation von Verben.

91 Heute wird zudem neben der reinen Vermittlung von Wissen auch ein anderer grundlegender
92 Fehler begangen: Inklusion light. DIE LINKE wird sich immer für die Inklusion von Menschen
93 mit Behinderungen wie auch Menschen mit anderen kulturellen Hintergründen einsetzen. Die
94 heutige staatliche Umsetzung der so genannten Inklusion ist oft abwertend und selbst da ist
95 sie hoffnungslos unterfinanziert. Sie wird weder den Lernenden noch den Lehrenden
96 gerecht.

97 *Niedrige Miete statt hoher Rendite*

98 Günstiger Wohnraum für alle heißt, nicht die Hälfte oder mehr des Einkommens für Miete
99 ausgeben zu müssen. Bezahlbare Mieten schaffen Luft für andere notwendige Ausgaben
100 und somit für ein selbstbestimmteres Leben. Dafür muss die Privatisierung von und die

101 Spekulation mit Boden gestoppt und zurück gedrängt und sozialer Wohnungsbau ausgebaut
102 werden.

103 *Frieden schaffen statt Export von Krieg und Umweltzerstörung*

104 Krieg macht nicht Halt vor Niedersachsen. Er wird von hier exportiert. In Niedersachsen gibt
105 es Waffen-herstellende und -exportierende Betriebe und viel militärische Infrastrukturen. Das
106 Argument, dass Rüstung Arbeitsplätze schafft, gilt für uns nicht. Jeder Arbeitsplatz in der
107 Rüstungsindustrie ist für die Gesellschaft deutlich teurer als zivile Arbeitsplätze
108 beispielsweise in Gesundheit, Bildung und Pflege. Es existieren Ideen und Projekte der
109 Konversion, die eine Überführung von einer Rüstungsproduktion hin zur zivilen Produktion
110 möglich machen. Das sind die friedenspolitischen Forderungen der LINKEN in
111 Niedersachsen.

Von Niedersachsen geht Krieg aus: Waffenherstellende und -exportierende Betriebe, Rüstungsforschende Einrichtungen, militärische Infrastruktur machen Niedersachsen zu einem bedeutenden Rüstungsstandort. Von hier aus werden Waffen über Schienen, Häfen und Flughäfen in aller Welt exportiert. Eine der Hauptursachen für Krieg, Zerstörung und der damit verbundenen Vertreibung von Millionen von Menschen liegt damit hier vor Ort.

DIE LINKE. Niedersachsen steht als Teil der Friedensbewegung für eine zivile Entwicklung Niedersachsens. Wir stehen für die Umwandlung der Rüstungsproduktion und ihrer Arbeitsplätze in zivile Arbeit wie Gesundheit, Pflege oder Bildung. Wir treten ein für ein Verbot von Rüstungsforschung und für die Förderung von friedlicher Wissenschaft, welche sich den sozialen und ökologischen Problemen annimmt. Wir sind gegen jeden Auslandseinsatz der Bundeswehr und für eine Abrüstung der niedersächsischen Militärstützpunkte. Gemeinsam stellen wir uns dem Transport von Rüstungsgütern entschieden entgegen, egal ob zu Luft, zu Land oder zu Wasser.“

Übernahme Ä 22, Ersetzung Zeile 104–111

112 Die seit 1989 vermehrt geführten Kriege um die Neuaufteilung der Welt in Märkte und
113 Einflusszonen, zwischen neuen nationalistischen Kräften und kriminellen Banden in den
114 zerstörten Regionen erzeugen Elend, Armut, Hunger und Flucht. Gleichzeitig zerstören die
115 internationalen Freihandelsbeziehungen und -abkommen im großen Stil die
116 Lebensgrundlage von Millionen. Letztlich führen die in erster Linie durch die großen
117 Industriemächte verursachten Klimazerstörungen zu Flucht und Vertreibung. 65 Millionen
118 Menschen sind weltweit auf der Flucht vor Krieg, Freihandel und Umweltzerstörung. Nur ein
119 kleiner Teil davon erreicht das reiche Europa und Deutschland.

Gemeinsam und entschlossen gegen Rassismus, Krieg und soziale Kälte

Wir stehen vor einem gesellschaftlichen Scheideweg, der das Klima in Deutschland über viele Jahre prägen wird: Werden die Menschen sich gegen die nationalistisch-rassistischen Tendenzen wehren und erkennen, dass nicht der Flüchtling ihre Existenz bedroht, sondern die Reichen Schuld an ihrer Armut und ihrer sozialen schwierigen Lage sind. Es ist zu befürchten, dass der vorhandene Rassismus sich immer weiter verbreitet. Diesen Rassismus zu bekämpfen ist eine der Hauptaufgaben der Linken. Doch DIE LINKE wird diesen Kampf nicht allein gewinnen. Deshalb setzt sich DIE LINKE Niedersachsen für ein breites Bündnis gegen Rassismus ein. Mit

antirassistischen Initiativen, Gewerkschaften, Jugendverbänden und zivilgesellschaftlichen Gruppen, die sich zum Antirassismus bekennen, wollen wir uns dieser gesellschaftlichen Aufgabe stellen.

Die seit 1989 vermehrt geführten Kriege um die Neuaufteilung der Welt in Märkte und Einflusszonen, zwischen neuen nationalistischen Kräften und kriminellen Banden in den zerstörten Regionen erzeugen Elend, Armut, Hunger und Flucht. Gleichzeitig zerstören die internationalen Freihandelsbeziehungen und -abkommen im großen Stil die Lebensgrundlage von Millionen. 65 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht vor Krieg, Freihandel und Umweltzerstörung. Nur ein kleiner Teil davon erreicht das reiche Europa und Deutschland.

Das Asylrecht darf nicht weiter eingeschränkt werden. Menschen die ihr Leben durch die Flucht nach Niedersachsen retten, haben ein Recht darauf, hier in Sicherheit leben zu können. Geflüchtete dürfen nicht als Lohndrücker missbraucht werden.

Teilübernahme A 2, Ersetzung Zeile 112–119

Teilübernahme (ein Satz) aus Ä 17, mit Wellenlinie kenntlich gemacht.

120 Es ist DIE LINKE. Niedersachsen, die auf der Seite dieser Opfer der Weltpolitik steht. Es ist
121 die große Lüge der vergangenen beiden Jahre, dass es angeblich kein Geld für eine humane
122 und nachhaltige Aufnahme dieser Menschen gäbe. Wer im Handumdrehen hunderte von
123 Milliarden zur Bankenrettung oder Milliarden Euro Abwrackprämie als Hilfe für die
124 Autokonzerne auftreibt, der kann auch die Milliarden für eine andere Politik im Umgang mit
125 Geflüchteten zur Verfügung stellen.

126 DIE LINKE in Niedersachsen ist für eine solidarische Handels- und eine friedliche
127 Außenpolitik, sie ist für die Bekämpfung der Fluchtsachen dort, wo sie entstehen.

Sie bezieht dabei ein, dass Fluchtsachen auch geschlechtsspezifische Dimensionen haben, die in die Praxis u. Politik der Aufnahme der Geflüchteten eingehen müssen.

Übernahme Ä 8

128 Das Asylrecht darf nicht weiter eingeschränkt werden. Menschen, die ihr Leben durch die
129 Flucht nach Niedersachsen retten, haben ein Recht darauf, hier in Sicherheit leben zu
130 können. Die Benennung verschiedener Staaten in Südosteuropa und Nordafrika als sichere
131 Herkunftsländer bzw. Drittstaaten ist unverantwortlich. Wir brauchen eine deutliche Erhöhung
132 der Gelder für eine gute finanzielle und personelle Ausstattung von Städten und Gemeinden.
133 Sie müssen in die Lage versetzt werden, zusätzliche administrative und soziale Aufgaben
134 besser bewältigen zu können. Hilfsorganisationen und Selbsthilfegruppen der Geflüchteten
135 sind zu unterstützen, um allen Wohnungen, Bildung und soziale Integration zu
136 gewährleisten. Dies steht nicht im Gegensatz zur notwendigen Unterstützung anderer
137 hilfebedürftiger Gruppen.

138 Es ist DIE LINKE in Niedersachsen, die vehement für eine aktive Friedenspolitik und die
139 Beendigung jeglicher Kriegstreiberei durch Forschung und Kriegswerbung an Schulen,
140 Universitäten, Jobcentern und öffentlichen Einrichtungen eintritt.

141 **Für Klima- und Umweltschutz als Grundlage unseres Lebens**

142 Um die Erd-Erwärmung zu drosseln, ist eine Umkehr der Politik erforderlich: statt mehr
143 **StromEnergie**verbrauch ist weniger nötig; statt mehr Verkehr und Transporte weniger in
144 regionalen Wirtschafts-Kreisläufen; statt mehr Produktion überflüssiger Güter, die nur aus
145 Profitgründen auf den Markt geworfen werden, weniger, aber dafür sinnvolle. Wir brauchen

146 eine Revolution in unseren Konsum- und Produktionsverhältnissen, um selbst die minimalen
147 und bei weitem nicht ausreichenden Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen.

Diese Revolution erfordert eine andere, eine ressourcenschonende und ökologische Lebensweise. Dies ist in kapitalistischen Produktionsverhältnissen nicht möglich. Die Produktion muss in gesellschaftlichem Eigentum nach den Bedürfnissen der Menschen organisiert werden. Sozialismus oder Barbarei ist die Alternative.

Übernahme unter Streichung von zwei Sätzen, Ä 2

148 Wir müssen nicht nur aus der Atomtechnologie und verantwortungslosen Lagerung des Atom-
149 mülls (Atommülllagerung in der Asse mit weiterer Verseuchung des Grundwassers, gerade als
150 ungefährlich tituliert), sondern auch aus der Braun- und Steinkohleproduktion aussteigen.
151 Fracking geht gar nicht. Die niedersächsische SPD/Grüne-Regierung hat an dieser Stelle
152 vollständig versagt, als sie das Fracking-Ermöglichungsgesetz im Bundesrat nicht stoppte.

153 Aber auch wichtige Sektoren der Chemie-, der Stahl- und Aluminiumproduktion müssen auf
154 den Prüfstand.

Schiene statt Auto

156 Der motorisierte Individualverkehr muss in Frage gestellt werden. Ein gut ausgebauter und
157 bezahlbarer öffentlicher Personen(nah)verkehr sowie regionale Versorgung nimmt der
158 Automobil-Lobby ihren Einfluss. Keine der bisherigen Regierungen und der sie stellenden
159 Parteien war bisher bereit, sich im Sinne einer solchen Revolution mit den großen Energie-
160 und Industriekonzernen anzulegen. Es wird aber nicht ohne diese Konfrontation gehen.

Der motorisierte Individualverkehr muss in Frage gestellt werden. Ein gut ausgebauter und mittelfristig für die Nutzerinnen und Nutzer kostenloser öffentlicher Personen(nah)verkehr sowie regionale Versorgung nimmt der Automobil-Lobby ihren Einfluss.

Teilübernahme Ä, Ersetzung Zeile 156–158 (bis Einfluss):

161 LINKE Zusammenarbeit, parlamentarisch und außerparlamentarisch

162 Die niedersächsische LINKE ist im Bundestag wie in vielen kommunalen Parlamenten
163 vertreten. Auf einen Wiedereinzug in den niedersächsischen Landtag arbeiten wir hin.
164 Niedersachsen braucht DIE LINKE.

165 In einem basisdemokratischen Prozess erarbeiten wir das Programm zur Landtagswahl
166 2018. Jede und jeder wirkt mit seinen Möglichkeiten mit. Wir werden es in einem großen
167 Ratschlag mit Gewerkschaften, außerparlamentarischen Gruppen und Bewegungen
168 durchführen und im Mai verabschieden.

169 Wir erreichen als Partei, die sowohl in Parlamenten agiert als auch großen Wert auf
170 außerparlamentarische Arbeit und Kreisverbandsaktivität legt, viel durch eine gute
171 Vernetzung aller Ebenen. Unsere Ansprüche sind hoch, aber nicht unerreichbar. Unser
172 Handeln richtet sich solidarisch an Themen aus. Alle Beteiligten beteiligen sich an der
173 Umsetzung gemeinsamer Ideen und Utopien. Das reicht von der Materialverteilung über
174 Infostand-Arbeit, über Mitarbeit in den Bewegungen und die Kommunikation darüber bis zu
175 Anträgen in Parlamenten. Und das ist gut so.

176 Ein großes Augenmerk richten wir auf neu zu uns kommende Mitglieder. Wir verharren nicht
177 in Strukturen, nur weil wir sie kennen, sondern öffnen uns für neue Wege. In

178 Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Bewegungen, antifaschistischen und
179 feministischen Gruppen, der Landesarmutskonferenz, den Sozialverbänden, kämpferischen
180 Berufsgruppen (Pflege, soziale Dienste, Speditions- und Logistiksektor), aber auch
181 Studierendenvertretungen erhöhen wir den Druck für soziale Gerechtigkeit und Frieden.
182 Einen außerparlamentarischen starken Linksblock begrüßen wir. Kleinere Kreisverbände in
183 der Fläche bekommen größtmögliche Unterstützung. Nur mit ihnen gewinnen wir Landtags-
184 und Bundestagswahlen.

185 Es ist DIE LINKE, die sich für die Interessenvertretung der Menschen einsetzt, die heute in
186 unsicheren Verhältnissen leben müssen, von Gewerkschaftsmitgliedern und Frauen und
187 Männer aus dem traditionellen Arbeitsmilieu. Aber es ist schwieriger geworden, sie zu
188 erreichen.

189 Wir denken die Anforderungen durch die Bundestagswahl 2017 zusammen mit denen der
190 Landtagswahl 2018 und nehmen dabei die besonderen aktuellen Bedingungen im Blick.

191 Gegen die Probleme einer sich dramatisch wandelnden Welt, die inzwischen bis vor die
192 eigene Haustür kommen oder zu kommen scheinen, schotten sich Menschen zunehmend
193 ab. Vielfach sind es jene, die von prekären Arbeits- und Lebensbedingungen betroffen sind,
194 die Angst vor Veränderung haben.

195 Auf diesem Nährboden wächst die Zustimmung für rechte Parteien hierzulande, in Europa
196 und darüber hinaus. Autoritäre Antworten sind wieder gefragt und Rechtspopulisten liefern
197 noch Sündenböcke für diese Entwicklung: mal sind es Flüchtlinge, mal „Ausländer“, mal
198 Muslime, mal „die Griechen“, mal Erwerbslose deutscher Herkunft.

199 In diesem Konflikt positionieren wir uns als LINKE mit einer Politik, die Haltung zeigt und Halt
200 gibt. Einerseits stellen wir uns ohne Wenn und Aber jeder Form von Rassismus, Faschismus
201 und Antisemitismus sowie der gesamten Rechtsentwicklung im Land entgegen. Andererseits
202 müssen wir verhindern, dass die 85 Prozent der Bevölkerung, die bisher nicht nach rechts
203 gerückt sind, nicht auch noch wegrutschen.

204 Notwendig ist eine Politik, die Ängsten Hoffnung entgegensetzt, ohne Solidarität und
205 Humanität aufzugeben. Kein Problem lösen diejenigen, die Grenzen schließen, neue Mauern
206 bauen und Stimmung gegen Schutzsuchende und Geflüchtete machen. Probleme werden
207 gelöst, indem die soziale Spaltung des Landes bekämpft und der Vergiftung des
208 gesellschaftlichen Klimas entgegengewirkt wird. Wir stehen für eine
209 solidarische Einwanderungsgesellschaft, die sich nicht den ökonomischen
210 Nützlichkeitskriterien des Marktes unterwirft und die zugleich das Asylrecht garantiert. Der
211 Kampf für Weltoffenheit ist für uns untrennbar mit dem Kampf für die Wiederherstellung der
212 durch die neoliberale Politik aufgehobene Garantie des Sozialstaates verbunden. DIE LINKE
213 wird diese Auseinandersetzung entschlossen führen und die Rechte aller Menschen auf ein
214 selbstbestimmtes Leben und soziale, kulturelle wie demokratische Teilhabe verteidigen.

215 Für uns ist klar, gesamtgesellschaftlich wird nur etwas in Bewegung kommen in diesem
216 Land, wenn alle progressiven Kräfte – sowohl unter den Parteien als auch in der
217 Gesellschaft – bereit sind, Schritte in die richtige Richtung zu unternehmen: hin zu einem
218 sozialen und ökologischen Politikwechsel! DIE LINKE steht für eine soziale Politik in diesem
219 Land. Ein Erfolg der LINKEN zwingt die anderen, sich zu bewegen. Damit ist eine Stimme für
220 DIE LINKE nie verschenkt. Sie ist ein Protest gegen die herrschende Politik, ein Motor für
221 soziale Gerechtigkeit und einen demokratischen Aufbruch, eine Versicherung gegen
222 Wahlbetrug.

Ein großes Augenmerk richten wir auf neu zu uns kommende Mitglieder. Wir werden nicht in Strukturen verharren, nur weil wir sie kennen, sondern öffnen uns für neue Wege. In Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Bewegungen, antifaschistischen und feministischen Gruppen, der Landesarmutskonferenz, den Sozialverbänden, kämpferischen Berufsgruppen (Pflege, soziale Dienste, Speditions- und Logistiksektor), aber auch Studierendenvertretungen erhöhen wir den Druck für soziale Gerechtigkeit und Frieden. Einen außerparlamentarischen starken Linksblock begrüßen wir. Kleinere Kreisverbände in der Fläche bekommen größtmögliche Unterstützung. Nur mit ihnen gewinnen wir Landtags- und Bundestagswahlen.

Empörung aufzunehmen ist unentbehrlich für DIE LINKE. Ebenso wichtig ist es, Perspektiven aufzuzeigen und berechtigte Hoffnung auf Veränderung und Verbesserung zu machen. Für beides muss linke Politik stehen. Ansonsten wird aus Empörung Frustration und Resignation über Dinge, die sich angeblich sowieso nie ändern, egal was man wählt oder der Protest rutscht nach rechts weg. Mit unseren politischen Forderungen wollen wir überzeugen, gleichzeitig muss linke Politik als durchsetzungsfähig wahrgenommen werden. Entscheidend ist, dass sich der gesellschaftliche Diskurs verschiebt: weg von den Angstdebatten, weg von den Erzählungen, die das Spiel der Rechten betreiben, hin zu den realen Problemen der Menschen - Arbeit, Rente, Armut, Gesundheit, Miete, kurz: soziale Unsicherheit – und zu den Zukunftsfragen der Gesellschaft.

Wir strahlen Ernsthaftigkeit und Entschlossenheit aus, unterscheiden uns aber im Gestus deutlich von den anderen Parteien. Wir werden den Finger in die Wunde legen, Alternativen benennen und Verantwortliche markieren, uns mit unseren politischen Gegnern und den Profiteuren unsozialer Politik anlegen - nicht nur mit der Bundesregierung, sondern auch mit den Multi-Millionären und Superreichen, mit Konzernen und Banken. Wir werden die SPD-Grüne Landesregierung angreifen, wo sie es verdient, und unsere Alternativen aufzeigen.

Teilübernahme Antrag A 2, Ersetzung Zeile 185–222

- 223 Darum gestalten wir unsere Wahlkämpfe
- 224 • hoffnungsvoll: Wir wissen, die Dinge müssen nicht bleiben, wie sie sind.
 - 225 • alltagsbezogen: Wir wollen Politik nachvollziehbar machen, verständlich
 - 226 kommunizieren.
 - 227 • aufsuchend: Wir machen Wahlkampf, der zu den Menschen kommt.
 - 228 • interessenbezogen: Wir ergreifen Partei für die Interessen der Vielen, gegen die des
 - 229 Kapitals und der Privilegierten.
 - 230 • aufklärerisch: Wir treten Vorurteilen entgegen und liefern Fakten und Argumente,
 - 231 gegen neoliberale Ideologie wie gegen rechte Hetze.
 - 232 • kompetent: Wir bieten Lösungen an und werben für machbare Reformen.
 - 233 • visionär: Wir denken über die Tagespolitik, über Wahlperioden hinaus.
 - 234 • rebellisch: Wir geben Protest Raum und legen uns mit den Mächtigen an.
 - 235 • organisierend und mobilisierend: Wir wollen nicht nur die Stimmen zur Wahl, sondern
 - 236 Menschen für dauerhaftes politisches Engagement gewinnen.

Vorliegende Bewerbungen

Stand: 3. März 2017

Landesvorsitzende

Stoeck, Anja
Zimmermann, Pia

Landesgeschäftsführer/in

Braedt, Michael
Weisser-Roelle, Ursula

Landesschatzmeister

Hartwig, Hans-Georg

Stellvertretende Landesschatzmeisterin / Stellvertretender Landesschatzmeister

Büttner, Lars
Brandes-Steggewentz, Giesela

Weibliche Kandidaturen Landesvorstand

Gülk, Sandra
Hasenjäger, Agnes
Junker, Franziska
Kretschmer, Viktoria
Krüger, Rita
Kubiak, Bettina
Meyer-Siebert, Jutta
Ortac, Fatima
Roos, Jasmin
Rummel-Streblow, Stine
Seelgen, Blanka
Uca, Behiye

Männliche Kandidaturen Landesvorstand

Adler, Hans-Henning
Bartsch, Thomas
Brändle, Andreas
Citci, Mizgin
Gülk, Andreas
Leopold, Lars
Mosewitzsch, Christian
Peters, Thorben
Schu, Edgar
Yildirim, Veli